

## 16. Satzung zur Änderung der Satzung des Wasserzweckverbandes Strelitz über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung (Wasserabgabensatzung – WAgS -)

### Präambel

Auf Grund der §§ 5, 15, 150 ff. der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, der §§ 1, 2, 6, 7 und 9 des Kommunalabgabengesetzes Mecklenburg-Vorpommern, des § 2 der Verbandsatzung des Wasserzweckverbandes Strelitz sowie des § 28 der Satzung des Wasserzweckverbandes Strelitz über die öffentliche Wasserversorgung der Grundstücke (Wasserversorgungssatzung -WVS-) wird nach Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 10.12.2025 die Satzung des Wasserzweckverbandes Strelitz über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung (Wasserabgabensatzung – WAgS -) wie folgt geändert:

### Artikel 1: Änderung der Satzung:

#### 1. Anlage 1 Ziffer 3.1 wird wie folgt geändert:

**3.1** Die Wasserverbrauchsgebühr (Zusatzgebühr) beträgt 1,48 Euro/m<sup>3</sup> netto auf der Basis Zählerstand der Wassermesseinrichtung.

#### 2. Anlage 1 Ziffer 3.3 wird wie folgt geändert:

#### **3.3 Sondergebühren für die Landwirtschaft**

Die Gebühren für Betriebswasser für die Landwirtschaft betragen:

Jahresverbrauch	Betriebswasserverbrauchsgebühr %-Satz von der Wasserver- brauchsgebühr (Zusatzgebühr)	Betriebswasserver- brauchsgebühr
in m <sup>3</sup>	in %	Netto
bis 900	100	1,48
bis 1.800	80	1,18
bis 3.600	70	1,04
bis 5.400	60	0,89
über 5.400	50	0,74

### Artikel 2: Neufassung der Satzung

Die Verbandsvorsteherin wird ermächtigt, den Wortlaut der Satzung des Wasserzweckverbandes Strelitz in der vom Inkrafttreten dieser Satzung an geltende Fassung durch Veröffentlichung im Internet <http://www.wzv-strelitz.de> öffentlich bekannt zu machen.

### Artikel 3: Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Neustrelitz, 11.12.2025

  
von Buchwaldt  
Verbandsvorsteherin



Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- oder Formvorschriften verstoßen wurde, können diese entsprechend § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.

Neustrelitz, 11.12.2025

  
von Buchwaldt  
Verbandsvorsteherin

